

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38 39
Telex: 898946 ppbn d
Telefax: 21 05 84

Inhalt

Manfred Opel MdB
plädert für eine
"Freiwilligen-Armee": Ist
die Wehrpflicht durch-
zuhalten?

Seite 1

C.F. Schultze, Mitglied
der DDR-Volkskammer,
skizziert den
historischen Ort der
DDR-SPD: Die SPD und
ihr Weg ins
gesamtdeutsche
Parlament.

Seite 2

Dieter Schanz MdB
warnt vor einer ver-
engten Sicht des
Flüchtlingsproblems:
Für eine konsequente
Politik der Armutsbe-
kämpfung.

Seite 6

45. Jahrgang / 157

17. August 1990

Ist die Wehrpflicht durchzuhalten? Einige grundsätzliche Überlegungen

Von Manfred Opel MdB

Die Wehrpflicht wurde eingeführt, um preisgünstig zahlenmäßig starke Massenarmeen aufstellen zu können. Doch heute wollen wir keine Massenarmeen mehr, sondern im Gegenteil möglichst umfassende Abrüstung.

Die gesamtdeutschen Streitkräfte werden ab spätestens 1995 maximal 370.000 Soldaten umfassen. Davon werden vermutlich kaum mehr als 100.000 Grundwehrdienstleistende sein können, wenn man die künftige Wehr- und Personalstruktur deutlicher als heute den gesellschaftlichen und operativen Erfordernissen anpaßt. Das Aufkommen an tauglichen und eingeschränkt tauglichen Wehrpflichtigen wird dann aber im geeinten Deutschland deutlich über 300.000 jungen Männern jährlich liegen. Um im Sinne der Wehrgerechtigkeit alle zu erfassen, dürfte der Wehrdienst allenfalls vier Monate betragen. Das heißt, die Rekruten kämen praktisch nicht mehr in die Truppe.

Würde man aber an einer zwölfmonatigen Wehrpflicht festhalten, würden zwei Drittel der Wehrpflichtigen nicht mehr zum Wehrdienst herangezogen werden können. Das ist offensichtlich gesellschaftspolitisch untragbar.

Manche empfehlen als Lösung eine "allgemeine Dienstpflicht". Dabei wird häufig auf Artikel 12 des Grundgesetzes verwiesen. Doch dort ist die allgemeine Dienstleistungspflicht nur dann zulässig, wenn sie "herkömmlich" ist und zudem "für alle gleich". Gemeint sind beispielsweise die traditionellen Hand- und Spanndienste in dörflichen Gemeinden. Ein Wehrpflicht-Ersatz ist damit offensichtlich nicht beabsichtigt und verfassungsrechtlich wohl auch mehr als fragwürdig. Es besteht also nur eine sehr theoretische Wahl zwischen

- massiver Wehrgerechtigkeit oder
- drastisch verkürztem Wehrdienst oder
- Ausweitung der Wehrpflicht im Sinne einer allgemeinen Dienstpflicht oder
- Abschaffung der Wehrpflicht, um die Herausforderungen der Abrüstung meistern zu können.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Veranstaltet in Zusammenarbeit
mit dem Institut für
Rechtswissenschaften



Das Grundgesetz schreibt die Wehrpflicht nicht vor. Es sagt nur, daß Männer zum Dienst in den Streitkräften verpflichtet werden können.

Einerseits verschärfen weitere, überaus wünschenswerte Abrüstungsschritte die Problematik. Andererseits hat sich die SPD aus guten Gründen programmatisch zur Wehrpflicht bekannt. Zu tief sitzen die schlimmen Erfahrungen mit einer Berufsarmee, die zum Staat im Staate wurde.

Gibt es überhaupt eine Lösung in diesem Dilemma? Niemand wird wohl vorschlagen wollen, den Umfang der Streitkräfte zu erhöhen (was im übrigen gar nicht zulässig wäre) oder die Wehrungerechtigkeit einfach hinzunehmen. Ein drastisch verkürzter Wehrdienst ist wirtschaftlich und militärisch nicht sinnvoll sowie für die Betroffenen kaum einsehbar. Eine allgemeine Dienstleistungspflicht bedeutet letztlich inhaltlich den Zwang zur Arbeitsleistung. Letzteres ist nach dem Grundgesetz ausgeschlossen. Und eine Milizarmee, etwa nach Schweizer Vorbild, würde dem Geist der Abrüstung entgegenstehen und einer Militarisierung der Gesellschaft gleichkommen.

Sollte man also die Wehrpflicht abschaffen und eine Berufsarmee haben? Zunächst muß man feststellen, daß dies nicht die Alternative ist. Eine Berufsarmee, die im wesentlichen aus Berufssoldaten und Längerdienern besteht, birgt in sich die Gefahr der Verselbständigung in der Gesellschaft, des Herausbildens von Eliten und der politischen Unkontrollierbarkeit. Dies ist deshalb abzulehnen.

Wenn man aber statt der Wehrpflichtigen Soldaten mit freiwilliger Verpflichtungszeit von zwei Jahren in genügender Anzahl gewinnen könnten, dann wären diese praktisch "Wehrpflichtigen-Ersatz". Sie würden also Mannschaften gesellschaftspolitisch alle Vorteile der Wehrpflichtigen bieten und würden die Bildung einer reinrassigen Berufsarmee ausschließen. Eine derart strukturierte "Freiwilligen-Armee" würde die Anwendung der Wehrpflicht überflüssig machen. Man sollte die Wehrpflicht jedoch aus grundsätzlichen Erwägungen heraus nicht abschaffen. Aber man sollte sie in normalen Friedenszeiten ruhen lassen.

Wenn man die zwei Jahre dienenden Mannschaftssoldaten ebenso bezahlen würde, wie jene Grenzschutzbeamte, würde man sicherlich genügend Bewerber finden. Wenn wir drastisch abrüsten wollen - und das ist unsere erklärte Absicht - dann müssen wir uns von der bisherigen Form der Wehrpflicht verabschieden. Die Zeit drängt; sinnvolle und politisch tragbare Lösungen gibt es.

(-/17. August 1990/rs/fr)

Die SPD und ihr Weg ins gesamtdeutsche Parlament Zur Strategiediskussion der Sozialdemokraten

Von C.F. Schultze
SPD-Mitglied der Volkskammer der DDR

"Die Aufnahme, strafflos durch die Geschichte laviieren und die eigene Biographie umschreiben zu können, gehört zu den traditionellen mitteleuropäischen Wahnideen. Versucht jemand, dies zu tun, schadet er sich und seinen Mitbürgern, denn es gibt keine volle Freiheit dort, wo nicht der vollen Wahrheit freie Bahn gegeben wird."

(Vaclav Havel in seiner Festrede zur Eröffnung der Salzburger Festspiele 1990)

Der von vielen Mitbürgern als Sommertheater abqualifizierte Streit um die Art und Weise der Durchführung der Wahlen für das erste gesamtdeutsche Parlament nach dem zweiten Weltkrieg begann eigentlich schon Wochen vor der denkwürdigen Tagung der Volkskammer vom 20. Juli 1990, als viele Abgeordnete der CDU und der SPD das Plenum verließen, weil der PDS-Abgeordnete Professor Dr. Schumann in ungeheurer Weise den Versuch unternahm, die Verantwortung von Tätern und Opfern des poststalinistischen Regimes der DDR durcheinanderzuwerfen. Er verwies auf die Mitverantwortung aller Bürgerinnen und Bürger dieses

Staates für das moralische, politische und wirtschaftliche Desaster, in das er im vierzigsten Jahr seines Bestehens geraten war, ohne auf die teuflische Unterdrückungs- und Manipulationsmaschinerie des SED-Apparates mit seinen willfährigen Handlangern in Stasi, Justiz und Wissenschaft (!) auch nur andeutungsweise einzugehen. Diese gesellschaftliche Verantwortung eines jeden einzelnen ist selbstverständlich zu fordern, und darüber will ich auch gerade reden, aber es bedarf schon der blauäugigen Geschichtslosigkeit einer Diplomgesellschaftswissenschaftlerin und PDS-Genossin wie Christina Ostrowski, um das Faschistende eben jenes Apparates negieren zu können, wie sie dies in einem Artikel der "Sächsischen Zeitung" vom 28./29. Juli 1990 versuchte. Offenbar war das alles nicht so schlimm, wie manche behaupten!

Der Kampf um die zukünftige politische Macht, also um Sitze in den Parlamenten, also um das Verfahren des Zusammenschlusses der beiden deutschen Staaten und der Wahl des Gesamtdutschen Parlaments, begann jedoch bereits, als die ersten Berichte der Sonderkommissionen zur Auflösung der Stasi und der Überprüfung der Abgeordneten auf Stasizusammenarbeit auf dem Tisch lagen und das ungeheure Ausmaß von Filz, Verschleierung, Verschleppung und Korruption allmählich erkennbar wurde. Besonders während der Zeit der Modrow-Regierung wurden wesentliche "gesetzliche" Grundlagen geschaffen, die einen geordneten Rückzug der SED-Genossinnen in allen Ebenen in gesellschaftlich relevante Stellungen ermöglichte. Dies natürlich ohne ihre Sichtbarmachung in der Nachfolgeorganisation SED-PDS.

An diesem Punkt entstand nicht nur bei Mitgliedern der SPD-Fraktion die Frage, ob der Prozeß der Vergangenheitsbewältigung, der geschichtlichen Aufarbeitung der mehr als vierzigjährigen stalinistischen Unrechtsherrschaft, im Sinne des Schaffens "freier Bahn für die volle Wahrheit..." von uns, das heißt von den Parlamentarierin, Parteien, Organisationen, Bürgerbewegungen, kurz vom ganzen Volk, umfassend leistbar sein würde und ob wir dies auch wirklich noch wollten.

Zunächst richtete sich diese Frage an die SPD selbst, die seit ihrer Wiedergründung in der DDR 'von Überforderung zu Überforderung' (SPD-Ost-Chef Thierse) gestoßen wurde und die sicherlich auch deswegen kaum zu eigener Standortbestimmung oder zur Beantwortung mancher die SPD schmerzenden Frage wie die Zusammenarbeit der westlichen Schwester mit der SED oder die Ereignisse um die Zwangsvereinigung, gekommen ist.

Aber dann doch auch an die gesamte ehemalige DDR-Gesellschaft, allen voran alle ehemaligen Mitglieder der SED Organisation genauso wie die neuen Mitglieder der Nachfolgeorganisation (als solche ist sie von Gregor Gysi ausdrücklich installiert worden! - siehe Außerordentlicher Parteitag der SED 8./9.12.1989. Materialien S 25.). Genau hier hat Ibrahim Böhme eben nicht recht, wenn er meint, daß eine Abgrenzung der SPD von der PDS nicht erforderlich sei. Denn die Frage, wohin sich die SED-PDS denn wandelt - in eine bessere Sozialdemokratie oder in eine demokratische Spielregeln anerkennende Kommunistische Partei, ist von deren neuen und alten Führern nicht einmal annähernd beantwortet worden. Weder, was die gesellschaftspolitischen Zielsetzungen betrifft: Ist demokratischer Sozialismus Diktatur des Proletariats und Vergesellschaftung der Produktionsmittel oder nicht?

Das Berliner Programm der Deutschen Sozialdemokratie kann von der PDS jedenfalls nicht einfach in den Teilen übernommen werden, die populistische Erfolge garantieren! Noch was die politische und materielle Abrechnung mit der Vergangenheit der Vorgängerorganisation betrifft: Warum muß ständig die Presse über Vermögenstransaktionen der PDS-Führung berichten, die der Verschleierung der Verhältnisse statt ihrer Offenlegung dienen und warum legt ein Mann wie Hans Modrow, der jahrzehntelang Chef der Stasiorganisation eines DDR-Bezirks war, nicht aus politischem Anstand sein Abgeordnetenmandat nieder, während er zusieht, wie einzelne Angehörige des Parlaments wegen jahrelang zurückliegender passiver Verstrickungen in das Spitzel- und Denunziantennetz der Stasi um ihr politisches und zum Teil auch materielles Überleben kämpfen müssen?

Der Zorn und die wachsende Abneigung des Volkes gegenüber dem ersten freigewählten Parlament auf DDR-Boden nach mehr als 50 Jahren ist nur zu verständlich, denn nach über vierzig Jahren stalinistischer Zwangsherrschaft, die die Menschen um die Früchte ihrer Arbeit, um Lebensgefühl, Bürgersinn und Freiheit gebracht hat, ist eine deutliche politische Antwort bitter nötig. Die Mittel- und Ostdeutschen haben in dieser Zeit über 90 Milliarden Reparationen gezahlt, sind belogen und betrogen und von den übrigen europäischen Völkern und der abendländischen Kultur ferngehalten worden. Und sie müssen wiederum die Hauptlast der Wiedervereinigung Deutschlands als Endpunkt eines jetzt nach über vierzig Jahren zu bewältigenden Nachkriegsproblems tragen.

Trotzdem darf mit Fug und Recht erwartet werden, daß die Fragen von Schuld und Sühne unserer ostdeutschen Vergangenheit von uns selbst gelöst werden. Dabei sollte uns niemand helfen müssen!

Aber mir geht es erst in zweiter Linie ums Materielle. Wir haben kein Kapital und kein marktwirtschaftliches Wissen, das ist richtig. Demzufolge werden wir im Prozeß der Wiedervereinigung die größeren sozialen Probleme zu ertragen haben und noch eine Reihe von Jahren Tagelöhner bleiben müssen, ehe wir uns gleichberechtigt in eine zu erneuernde gesamtdeutsche Gesellschaft einzuordnen vermögen. Wenn wir dies aber dennoch "erhobenen Hauptes" tun wollen, dann darf uns Deutschen nicht ein zweites Mal der Fehler der Nichtbewältigung unserer Geschichte unterlaufen. Nach Kriegsende sind wenigstens einige Tausend Kriegsverbrecherprozesse durchgeführt worden und es holte manchen Altnazi seine Vergangenheit sogar noch bis in die Gegenwart ein. Dennoch kann von einer vollen Bewältigung der Nazizeit wohl kaum die Rede sein. Warum aber setzen wir unsere Kraft nicht dafür ein, Klarheit darüber herzustellen, wer für das Desaster, das gerade in diesen Wochen mehr und mehr zutage tritt, verantwortlich zeichnet und auch verantwortlich dafür gemacht werden muß?

Verantwortlich sind mit Sicherheit nicht die zehntausenden Informanten, Spitzel und Denunzianten, die in perfider Weise in das Stasinetz verstrickt wurden. Auch nicht die kleinen und mittleren Kader in Partei- und Staatsführung und in deren Unterdrückungsapparaten!

Wer lernen will, wer verantwortlich ist, muß keine (getürkten) Akten der Stasi lesen. Es genügt die Broschüre "Befehle und Lageberichte des MfS Januar bis November 1989" eines neugegründeten Verlages zu studieren. Diejenigen, die die streng vertraulichen und geheimen Berichte der ZIAG (Zentrale Informations- und Auswertungsgruppe des ehemaligen MfS) forderten und erhielten, sind auch die Verantwortlichen!

Unklärlich bleibt deshalb einem großen Teil des Volkes, wieso die Exgenossen Honecker, Mittag, Mielke, Hager, Herrmann, Jarowinsky, Müller, Krenz, Krauß, Löffler, Schabowski, Neiber, Carlsohn, Schwanitz, Dohlius, Herger, Stoph, Dickel, Axen, Krollkowski, um nur einige wenige zu nennen, nicht schon längst wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt worden sind!

Manchem Volkskammerabgeordneten freilich bleibt dies nicht ganz unverständlich. Er erlebt in seiner täglichen Arbeit und im "Hohen Hause" des Parlaments, wie weiter verschleiert und verschleppt wird, wie Modrow, Gysi und GenossInnen mit juristischen Feinissen Vergangenheitsbewältigung verhindern dürfen, da ja jetzt jeder demokratischen Schutz und Spielregeln in Anspruch nehmen kann, auch ehemalige Wahlfälscher, Stasichefs und Volkseigentumsmanipulierer. Und er erlebt, wie CDU und PDS in neuer "Nationaler Front" gegen die Versuche von FDP und SPD, Klarheit herzustellen, Klarheit nicht zuletzt auch für die dringend benötigten Investoren, gemeinsam votieren.

Wer nun dies Verwirrspiel nicht mitmachen mag, wer Ursache und Wirkung noch auseinanderhalten möchte, der muß sich schon einmal den Vorwurf des Unversöhnlichen gefallen oder gar "undemokratisches, sektierisches und stalinistisches Verhalten" unterstellen lassen.

Angesichts all dieser Ereignisse war kurz vor der genannten Sommerpause fast unbemerkt der Stichtags-Termin für die Vorbereitung der ersten gesamtdeutschen Parlamentswahlen nach dem Zweiten Weltkrieg entsprechend den Bundesdeutschen Wahlgesetzen herangerückt. Im Zusammenhang mit den dabei hervortretenden Fragen waren Parlament und Regierung unversehens in die nächste Überforderung geschit

tert: Waren die Deutschen in Gefahr, erneut in "Weimarer Verhältnisse" zu geraten? Hatten die "Kräfte des Herbstes" reale Chancen für ein gesamtdeutsches Parlament oder waren sie nicht ohnehin bereits hoffnungslos zersplittert? Wie konnte man vermeiden, daß extremistische Kräfte von rechts und von links und ehemalige Verantwortliche in einen Deutschen Bundestag einzögen? Das waren die Fragen, die Freie Demokraten und Sozialdemokraten, aber auch viele CDU-Abgeordnete, heftig beschäftigten.

Diese für Deutschland für die nächsten Jahre essentiellen Fragen einen "Sturm im Wasserglas" (de Maiziere) zu nennen, verlangt schon allerhand Geschichtsignoranz und Mangel an Wahrheitsliebe. SPD und FDP haben ihre Antwort gegeben: Gerade wenn man aufrecht und partnerschaftlich gleichgestellt ins neue gesamtdeutsche Hohe Haus will, muß dies zu gleichen Bedingungen für die politischen Wettbewerber in einem einheitlichen Wahlgebiet geschehen. Gerade wenn man die Demokratie stark und konkurrierend will, darf man auf die Weisheit der Gestalter des Grundgesetzes nicht verzichten, die nach ersten bitteren Erfahrungen die Prozenzhürden in den Wahlmodus einbauten, um sinnlose Zersplitterung der demokratischen Kräfte zu verhindern.

Im Nochparlament der Noch-DDR konnte man gerade während dieses "Sommerheaters" die Wirkung der Zersplitterung der Parteien und Bündnisse gut beobachten und die Bürgerinnen und Bürger waren zurecht ungehalten darüber.

Nun, inzwischen hat sich der richtige Standpunkt der Sozialdemokraten in Ost und West durchgesetzt: Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland vor der Wahl, einheitlicher Wahlmodus. Listenplätze für kleine und einzelne und nach anfänglicher bis an die Grenze der Koalitionsbelastbarkeit gehender Sturheit will der Premier nun plötzlich Beitritt und Wahl nach im Oktober dieses Jahres! Es scheint angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dringend erforderlich zu sein, was er jetzt fordert, und keiner sollte sich freuen, wenn er mit seinen nicht so optimistischen Prognosen recht behalten wird. Allerdings ist der Beitrittstermin für die Deutschen in der untergehenden DDR wesentlich wichtiger als der Wahltermin.

Man hat es der SPD (Ost und West) nicht geglaubt, als sie darauf hinwies, daß die Dinge sorgfältiger und behutsamer angegangen werden müssen. Man hat ihr die Forderung nach einer frühen Wahl in der DDR angesichts der Handlungen der Modrow-Regierung nicht gedankt. Man hat ihre Forderung nach Umtausch für die Menschen 1:1, der dann allerdings einer 1:2 wurde, nicht honoriert. Die Durchsetzung der Sozial- und Umweltunion, die zusätzlich zur Wirtschafts- und Währungsunion mit Mühe und Aufopferung (in der Koalitionsregierung!) von den SPD-Ministern erkämpft wurden, fand in der Öffentlichkeit kaum Anerkennung. Auch Forderungen nach Festschreibung der Ergebnisse der Bodenreform, Förderung einer Bildungsoffensive, Verbesserung des Grundgesetzes in wesentlichen Bereichen, die Gestaltung eines Nachtragshaushaltes und ein großangelegtes Entwicklungsprogramm für die Infrastruktur der neuen Länder werden womöglich genausowenig der SPD gutgeschrieben werden, wie ihr konsequenter Kampf für die Bewältigung der politischen Vergangenheit dieser Seite Deutschlands.

Dennoch, diese derzeit vielleicht wichtigste politische Aufgabe ist wohl nahezu das einzige, was wir noch allein und selbst zu lösen haben. Wenn wir dieser geschichtlichen Verantwortung nicht gerecht werden, ist es angesichts der bereits völligen Ermangelung an Finanzen wie an Finanzhoheit für "unser" Gebiet nämlich tatsächlich sehr fragwürdig, ob wir "Politiker der Übergangszeit" irgendeine politische oder gar moralische Legitimation besitzen, am Kampf um den Einzug in das Gesamtdeutsche Parlament teilzunehmen. Dies bedeutet schließlich immerhin, daß wir den Anspruch anmelden, die zukünftige Politik eines in manchen Teilgebieten durchaus zu erneuernden Deutschlands maßgeblich mitgestalten zu wollen! Woran werden wir dann zu prüfen sein?

(-/17. August 1990/rs/fr)

Für eine konsequente Politik der Armutsbekämpfung

**Zusammenhang zwischen mangelnder Armutsbekämpfung und Flüchtlingsströmen darf nicht
übersehen werden**

Von Dieter Schanz MdB

Mitglied im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Die Diskussion um das Asyl- und Flüchtlingsrecht erscheint in Anbetracht der wachsenden Flüchtlingsströme geboten. Dabei kann es aber nicht angehen, über eine restriktivere Gesetzgebung die Stärke der Flüchtlingswelle verringern zu wollen.

Als Entwicklungspolitiker möchte ich mich besonders dafür einsetzen, daß der Blickwinkel der Politiker in den Industrieländern nicht zu sehr auf die Probleme mit den Flüchtlingen in ihren Ländern konzentriert wird, sondern daß man darüber nachdenkt, wo die Ursachen der Fluchtbewegung liegen, um dort mit einer effizienten Politik anzusetzen.

Ich meine damit konkret eine Politik der Armutsbekämpfung in den Ländern der sogenannten Dritten Welt. Im einzelnen bedarf es dazu der in dem Antrag zur Armutsbekämpfung (DS 11/6137) von CDU/CSU/FDP und SPD gemeinsam formulierten Politikansätze.

Dies gilt insbesondere auch für jene Flüchtlinge, die aus Osteuropa kommen, deren Fluchtmotivation in erster Linie die katastrophalen Lebensverhältnisse in ihren Ländern ist. Will man diesen Menschen, die sicherlich nicht ihre Heimat so ohne weiteres verlassen, wirklich helfen, so muß man die Lebensverhältnisse dort so ändern, daß zumindest das Existenzminimum garantiert ist. Nur so können sich jene Menschen in den dortigen Entwicklungsprozeß einbringen und ihre Heimat gestalten.

Solange die konsequente Umsetzung einer effizienten Politik zur Armutsbekämpfung nicht erfolgt, wird der Flüchtlingsstrom auch nicht abnehmen. Klagen darüber sind scheinheilig, da den Industrieländern durchaus die Mittel gegeben sind, eine solche Politik zu realisieren.

Für jene Flüchtlinge, die inzwischen bei uns und in den anderen europäischen Staaten sind, muß alles getan werden, um eine rasche und menschenwürdige Integration herbeizuführen oder gegebenenfalls sind adäquate Rückkehrhilfen anzubieten.

Aber auf lange Sicht ist uns und den Flüchtlingen damit alleine nicht geholfen. Es gilt - wie oben angedeutet - an den Ursachen anzusetzen, daß heißt nur eine konsequente Politik der Armutsbekämpfung kann den Flüchtlingen in ihren Heimatländern ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen. Damit ist ihnen und uns gedient und die Diskussion um Pro und Contra einer verschärften Asyl- und Flüchtlingsgesetzgebung würde sich erübrigen.

(-/17. August 1990/rs/fr)
